

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Adam, Anneliese Augustin, Dietrich Austermann, Richard Bayha, Hans-Dirk Bierling, Dr. Joseph-Theodor Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Wilfried Bohlsen, Klaus Brähmig, Paul Breuer, Hartmut Büttner (Schönebeck), Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Hubert Doppmeier, Werner Dörflinger, Wolfgang Engelmann, Anke Eymer, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Gerster (Mainz), Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus Harries, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Ernst Hinsken, Susanne Jaffke, Georg Janovsky, Karin Jeltsch, Dr. Dionys Jobst, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Michael Jung (Limburg), Ulrich Junghanns, Bartholomäus Kalb, Peter Kittelmann, Günter Klein (Bremen), Ulrich Klinkert, Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Arnulf Kriedner, Reiner Krziskewitz, Dr. Ursula Lehr, Editha Limbach, Walter Link (Diepholz), Dr. Michael Luther, Theo Magin, Dr. Dietrich Mahlo, Erwin Marschewski, Rudolf Meinl, Alfons Müller (Wesseling), Johannes Nitsch, Dr. Rolf Olderog, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Georg Päselt, Ulrich Petzold, Rosemarie Priebus, Hans Raidel, Dr. Peter Ramsauer, Rolf Rau, Kurt J. Rossmanith, Ortrun Schätzle, Ulrich Schmalz, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Michael von Schmude, Stefan Schwarz, Dr. Hans-Joachim Sopart, Karl-Heinz Spilker, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Karl Stockhausen, Ferdi Tillmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Herbert Werner (Ulm), Gabriele Wiechatzek, Bernd Wilz, Dr. Roswitha Wisniewski, Simon Wittmann (Tännesberg), Michael Wonneberger, Wolfgang Zeitlmann, Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Günther Bredehorn, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Ekkehard Gries, Josef Grünbeck, Jürgen Koppelin, Wolfgang Kubicki, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Lisa Peters, Dr. Sigrid Semper, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Hermann Rind und der Fraktion der FDP

Förderung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern

Der Fremdenverkehr in den neuen Bundesländern gehört zu den Wirtschaftsbereichen, die den notwendigen Strukturanpassungsprozeß dynamisch begleiten und die Einführung einer wettbewerbsorientierten Marktordnung erleichtern, damit möglichst bald ein beschleunigter Wachstumsprozeß entstehen kann. Seiner Vorreiterrolle kann er vor allen Dingen gerecht werden bei Beachtung und nachhaltiger Nutzung der dortigen natürlichen, sozialen, wirtschaftlichen und strukturellen Gegebenheiten. Dies sind insbesondere:

- die Vielfalt und hohe Qualität landschaftlicher und kultureller Attraktionen in den Städten und auf dem Land,
- der relativ geringe Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz in diesem Wirtschaftssektor,
- der vergleichsweise geringe Nachholbedarf bei den beruflichen Kenntnissen der in der Branche Beschäftigten und
- die große Breitenwirkung touristischer Investitionen, von der andere Dienstleistungsbranchen, wie z.B. Handel und Gewerbe, profitieren können.

Oft noch ungeklärte Eigentumsfragen und die fehlende Dynamik bei Privatisierungen verzögern Investitionen, die zur Verbesserung des touristischen Angebotes erforderlich sind. Existenzgründer und mittelständische Investoren aus den alten Ländern, insbesondere jedoch aus den neuen Bundesländern, werden durch eine erst im Aufbau befindliche Verwaltung, die fehlende Transparenz der Antrags- und Genehmigungsverfahren und das Fehlen verständlicher Übersichten über die bereitgestellten Fördermittel entmutigt bzw. in ihren wirtschaftspolitischen Aktivitäten gehemmt. Kommunalverwaltungen und Landesregierungen sind derzeit nur begrenzt in der Lage, den Aufbau einer leistungsfähigen touristischen Infrastruktur voranzutreiben.

Der Fremdenverkehr kann nur dann zu einem Motor des Aufschwungs in den neuen Bundesländern werden, wenn die vorhandenen Investitionshindernisse zügig beseitigt werden.

Die Bundesregierung muß deshalb hierfür Rahmenbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft sich entfalten kann. Gemeinde- und Länderverwaltungen der neuen Bundesländer bedürfen für die Umsetzung der zahlreichen Förderprogramme des Bundes noch der Hilfen durch die erfahrenen zuständigen Behörden der alten Bundesländer. Auch die Erfahrungen der modernen Fremdenverkehrsbranche sollten eingebracht werden. Dieses gilt insbesondere für die Erstellung von Konzepten zur Entwicklung des Fremdenverkehrs.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. schnellstmöglich handhabbare Kriterien zur Bewertung touristischer Vorhaben unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sowie der Umwelt- und Sozialverträglichkeit vorzulegen,
2. im Einvernehmen mit den Ländern sich verstärkt für die Koordinierung der Fremdenverkehrspolitik der neuen Bundesländer einzusetzen. Voraussetzung dafür ist die Erstellung von Landesentwicklungsplänen, die bei Erhaltung und Entwicklung des schützenswerten Natur- und Landschaftspotentials touristische Schwerpunktregionen ausweisen,
3. Gemeinden und Regionen in den neuen Bundesländern bei der Erstellung entsprechender Konzeptionen und ihrer Umsetzung zu helfen,

4. darauf hinzuwirken, in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden in den neuen Bundesländern Beratungsstellen einzurichten und dezentrale Schulungskurse, z. B. durch das Deutsche Seminar für Fremdenverkehr, durchzuführen,
5. die Zuständigkeit für die Privatisierung geeigneter Objekte, einschließlich der Betriebsferienheime und der Ferienheime aus dem Besitz der sog. „Sondervermögen“ nach Möglichkeit bei der Treuhand zusammenzufassen, zumindest aber eine enge Zusammenarbeit bzw. Abstimmung zwischen Treuhand und Bundesvermögensverwaltung herbeizuführen; hierzu ist innerhalb der Treuhand die Position des Koordinators für Tourismus zu stärken,
6. darauf hinzuwirken, daß die Treuhand und ggf. die Bundesvermögensverwaltung die Objekte unter Beachtung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit schnellstmöglich einer Nutzung zuführen, entweder durch Veräußerung oder durch längerfristige (Anschluß-)Pachtverträge unter Einbeziehung einer Investitionsschutzklausel bei Unternehmen und Privatpersonen,
7. das Angebot finanzieller und materieller Hilfen für Gemeinden und Regionen sowie Investoren und Existenzgründern in Broschüren und Übersichten in den Behörden und zuständigen Kommunen vor Ort bereitzuhalten, damit den berechtigten Informationsbedürfnissen der Zielgruppen besser als bisher Rechnung getragen wird,
8. das Förderinstrumentarium daraufhin zu überprüfen, ob und wie den besonderen Problemen von Existenzgründern und mittelständischen Investoren bei besonderer Berücksichtigung umwelt- und sozialverträglicher Tourismusformen besser entsprochen werden kann,
9. die Verfahren bei Antragstellung und Mittelzuweisung zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß öffentliche Fördermittel in Übereinstimmung mit den Zielen der Länder auch für den Natur- und Landschaftsschutz in möglichst kurzer Frist ausgezahlt werden.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Ulrich Adam
Anneliese Augustin
Dietrich Austermann
Richard Bayha
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wilfried Bohlsen
Klaus Brähmig
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Hubert Doppmeier
Werner Dörflinger
Wolfgang Engelmann
Anke Eymer
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Gerster (Mainz)
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Klaus Harries
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Karin Jeltsch
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Michael Jung (Limburg)
Ulrich Junghanns
Bartholomäus Kalb
Peter Kittelmann
Günter Klein (Bremen)
Ulrich Klinkert
Thomas Kossendey
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Arnulf Kriedner
Reiner Krziskewitz
Dr. Ursula Lehr
Editha Limbach
Walter Link (Diepholz)
Dr. Michael Luther
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Rudolf Meinl
Alfons Müller (Wesseling)
Johannes Nitsch

Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Georg Päselt
Ulrich Petzold
Rosemarie Priebus
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Rolf Rau
Kurt J. Rossmanith
Ortrun Schätzle
Ulrich Schmalz
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Michael von Schmude
Stefan Schwarz
Dr. Hans-Joachim Sopart
Karl-Heinz Spilker
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Karl Stockhausen
Ferdinand Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Herbert Werner (Ulm)
Gabriele Wiechatzek
Bernd Wilz
Dr. Roswitha Wisniewski
Simon Wittmann (Tännesberg)
Michael Wonneberger
Wolfgang Zeitlmann
Benno Zierer
Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Gisela Babel
Günther Bredehorn
Dr. Olaf Feldmann
Jörg Ganschow
Ekkehard Gries
Josef Grünbeck
Jürgen Koppelin
Wolfgang Kubicki
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Lisa Peters
Dr. Sigrid Semper
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Hermann Rind
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion